



Alternativantrag

der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

zu „Verbesserung der Situation der Wohnungslosen in Schleswig-Holstein“ (Drs. 19/300)

Wohnen für alle ermöglichen - Wohnungslosigkeit verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Kommunen beim Ausbau von Beratungsangeboten und bei einer effektiveren Kooperation und Vernetzung mit den freien Trägern und Wohnungsunternehmen vor Ort zu unterstützen, um Wohnungslosigkeit zu verhindern;
2. die Landeszuschüsse für die Beratungsstellen der Wohnungslosenhilfe an den tatsächlichen Bedarf anzupassen;
3. die Kommunen zu unterstützen, die bestehenden Möglichkeiten der sozialen Wohnraumförderung für Personen in sozialen Notlagen stärker zu nutzen;
4. sich auf Bundesebene für die ersatzlose Streichung der Sanktionsmöglichkeiten im SGB II im Hinblick auf die Kosten von Unterkunft und Heizung einzusetzen;
5. sich auf Bundesebene für die Einführung einer bundesweiten Statistik zur Erfassung der Obdach- und Wohnungslosigkeit einzusetzen.

Özlem Ünsal
und Fraktion

Flemming Meyer
und die Abgeordneten des SSW